

Die Kriegsziele des deutschen Reichskanzlers.

Durch Äußerungen, die der Führer „sozialpatriotischer“ Gruppe der deutschen Sozialdemokratie, Abg. Scheidemann, in einer Versammlung in Breslau, über die deutschen Kriegsziele unter Berufung auf den Reichskanzler gemacht hat, hat der Streit zwischen der Rechts- und der offiziellen Linkspresse in Deutschland neue Nahrung erhalten. Scheidemann hatte gegenüber einer Behauptung Vanderveldes, daß der Reichskanzler die Eroberung Belgiens und aller besetzten französischen Gebiete vorhabe, erklärt:

Ich weiß, daß er nicht an derartige Pläne denkt. Zum Wohle des Vaterlandes eine kleine Indiskretion: Als vor einem Jahre sechs Wirtschaftsverbände dem Reichskanzler ihre bekannten Eroberungspläne unterbreitet haben, wurde ich mit einigen Parteifreunden beim Reichskanzler vorstellig, um Einspruch zu erheben gegen diese Pläne. Wir verwiesen dabei auf unsere im Reichstage am 4. August 1914 abgegebenen Erklärungen. Wir hatten die Genugtuung, aus dem Munde des Reichskanzlers zu hören, daß er mit jenen Eroberungsplänen nichts zu tun haben wolle, daß er sie weit von sich weise und daß er sie, wie alle ähnlichen Pläne, auf das entschiedenste mißbillige. Das war vor mehr als einem Jahre. Der Reichskanzler hat seither nichts gesagt und getan, was uns zur Annahme nötigte, er stünde nicht noch heute auf einem damaligen Standpunkte.“

Diese, wie einzelne reichsdeutsche Blätter vermuten, von Scheidemann nicht auf eigenem Antrieb unternommenen „Indiskretion“ hatte der offiziöse „Lokalanz.“ ergänzt:

Die erwähnte Denkschrift der sechs Wirtschaftsverbände, die die Aneignung von Belgien, der angrenzenden französischen Küstengebiete bis zur Somme, der Kohlengebiete der Departements du Nord und Pas de Calais, die Angliederung von Teilen der Ostseeprovinzen und der südlich davon gelegenen Gebiete forderte, diese maßlosen Eroberungspläne hat der Reichskanzler in der Tat niemals zu den seinigen gemacht, wie dies auch aus seinen wiederholten Erklärungen im Reichstag hervorgeht.

Ueber diese Veröffentlichungen war die Rechtspresse ersichtlich aufgebracht, weil es ihr, wie sie anführte, bisher stets von der Zensur verwehrt worden war, über die Kriegsziele und auch über den Inhalt der von den Wirtschaftsverbänden überreichten Eingabe sich offen zu äußern. Diese Beschwerde veranlaßte die „Nordd. Allg. Ztg.“ in die Erörterung einzugreifen und gegenüber Scheidemann an die öffentlichen Erklärungen des Kanzlers zu erinnern:

Darüber, was der Friede uns bringen muß, hat sich der Kanzler wiederholt öffentlich im Reichstag so weit ausgesprochen, wie er es für nötig hielt. Aus diesen seinen positiven Erklärungen ergibt sich zugleich seine Stellung zu den bekannten, zum Teil wohl darüber hinausgehenden Kriegszielen der wirtschaftlichen Verbände.

Herr v. Bethmann-Hollweg hat in seiner Reichstagsrede vom 19. August 1915 erklärt:

„Deutschland muß sich seine Stellung so ausbauen, so festigen und stärken, daß den anderen Mächten die Neigung vergeht, wieder Einkreisungspolitik zu treiben. Wir müssen zu unserem wie zum Schutz und Heil aller Völker die Freiheit des Weltmeeres erringen, nicht um die Meere, wie es England will, allein zu beherrschen, sondern damit sie allen Völkern in gleicher Weise dienstbar sein können.“

In der Beantwortung der sozialdemokratischen Friedensinterpellation am 9. Dezember 1915 umschrieb Herr v. Bethmann-Hollweg die deutschen Kriegsziele mit folgenden Worten: „Gines müssen unsere Feinde sich selbst sagen: Je länger und je verbitterter sie diesen Krieg gegen uns führen, um so mehr wachsen die Garantien, die für uns notwendig sind... Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, durch die sie uns von morgen ab aufs neue schärfer als bisher bedrohen. Es ist ja bekannt, daß Frankreich seine Anleihen an Rußland nur unter der ausdrücklichen Bedingung gegeben hat, daß Rußland die polnischen Festungen und Eisenbahnen gegen uns ausbaute. Und ebenso ist es bekannt, daß England und Frankreich Belgien als ihr Aufmarschgebiet gegen uns betrachteten. Dagegen müssen wir uns politisch und militärisch und wir müssen uns auch wirtschaftlich die Möglichkeit unserer Entfaltung sichern. Was dazu nötig ist, muß erreicht werden... Dieser Krieg darf nur mit einem Frieden beendet werden, der

nach menschlichem Ermessen uns Sicherheit gegen seine Widerkehr bietet.“

Das klingt doch ein bißchen anders als der Text Scheidemanns und der Kommentar im „Lokalanzeiger“. Dabei kann es nun aber sein Bewenden haben.